

Gedenkzeichen Güterbahnhof in Darmstadt wieder an alter Stelle

Kein Zurückweichen

Vor 15 Jahren, im März 2002, gründete sich in Darmstadt die Initiative »Gedenkort Güterbahnhof«. Ihr Ziel war es, auf dem Gelände der Deutschen Bahn einen Gedenkort zu schaffen, der an die Transporte der über 3.000 jüdischen Männer, Frauen und Kinder und hunderter Sinti- und Roma-Familien aus Darmstadt und des ehemaligen »Volksstaates Hessen« in die im Osten eingerichteten Vernichtungslager erinnert.

Träger der Initiative sind der Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V., die Darmstädter Geschichtswerkstatt, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Darmstadt, die GEW Stadtverband Darmstadt, die VVN-BdA Südhessen und einzelne Persönlichkeiten.

Es entstand das »Denkzeichen Güterbahnhof«, das im November 2004 eingeweiht wurde. Die künstlerische Gestaltung hatten die Installationskünstler Rituala Fränkel und Nicholas

Mörris übernommen. Ein Glaswürfel steht auf einem Schienenstrang, der an einem Prellbock endet. In dem Würfel befinden sich Glasscherben, auf denen 350 Namen stellvertretend für alle dort Deportierten eingraviert sind. Die Immobiliengesellschaft der Deutschen Bahn AG Frankfurt und die Stadt Darmstadt unterstützten das Projekt.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 2006 zertrümmerten, wie sich die Polizei ausdrückte, »frustrierte Jugendliche« das Panzerglas des Kubus. Ein rechtsradikaler Hintergrund lag nach Meinung der Polizei nicht vor.

Mit Absicht blieb der Würfel jahrelang in zerstörtem Zustand stehen. Nach einem Wassereintritt erfolgte 2013 jedoch eine Sanierung. Dafür wurden 41.000 Euro Spenden zusammengetragen.

Im Mai 2013 wurde das Denkzeichen erneut beschädigt. Die Täter sind wieder unbekannt. Straßen-



Das »von Unbekannten« wiederholt zerstörte Gedenkzeichen Güterbahnhof Darmstadt zur Erinnerung an die von dort deportierten jüdischen, Sinti- und Roma-Familien. Foto: Monika Kanzler-Sackreuther

baumaßnahmen machten es dann notwendig, den Kubus auszulagern.

Am 23. Februar 2017 kam er zurück. Nach Oberbürgermeister Jochen Partsch soll es »ein bewusstes Signal an die Stadtgesellschaft« sein, »vor Intoleranz und Rassismus nicht zurückzuweichen«. So steht der Glaskubus nunmehr wieder an seinem angestammten Platz, »als Teil des kollektiven Gedächtnisses von Darmstadt. Er drückt das Bekenntnis aus, Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen«.

Zum Jahrestag des Beginns der Deportationen der Sinti-Familien fand am 5. März 2017 die erste Gedenkveranstaltung am alten

Standort statt. Zur Erinnerung an die erste Deportation von Juden aus Darmstadt vor 75 Jahren fand dann am 24. März ein Gedenkgang von der Justus-Liebig-Schule, dem Sammelort, zum »Gedenkort Güterbahnhof« statt. Von Schülerinnen und Schülern wurde der Weg begangen, den die Juden damals gehen mussten. Unterwegs wurden die 164 Namen der ersten Darmstädter jüdischen Opfer vorgelesen und einzelne Biographien vorgestellt. Am Güterbahnhof hielt Oberbürgermeister Jochen Partsch seine Ansprache, und der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde beendete den Gedenkgang mit dem Kaddisch.

Monika Kanzler-Sackreuther

Redaktion: P. C. Walther,
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden
für den Landesverband!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Ausstellung und Vorträge im Darmstädter DGB-Gewerkschaftshaus

Die deutschen Verbrechen in Griechenland

Vom 12. bis 30. Juni 2017 zeigt die Griechenland Solidaritätsgruppe Darmstadt im DGB-Haus in der Rheinstraße die Ausstellung »Zeit des Schreckens«.

Die Ausstellung befasst sich mit den Verbrechen der deutschen Wehrmacht auf Kreta. Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Griechenland im April 1941 und der Eroberung des Festlands begann am 20. Mai 1941 die Invasion Kretas.

Für die Bevölkerung begann damit eine über vier Jahre andauernde Zeit des Schreckens. Wohl aus Rache für die unerwartet hohen Verluste der Invasoren bei der Landung und um die Bevölkerung zur Duldung der Besetzung, der wirtschaftlichen

Ausplünderung sowie zur Arbeit für die Deutschen zu zwingen, errichtete die Wehrmacht ein grausames Okkupationsregime. Die Ausstellung mit historischen Fotos widmet sich den Gräueltaten und Zerstörungen durch die deutsche Wehrmacht. Sie zeigt die Täter, dokumentiert deren verbrecherischen Befehle und weist auf die dabei benutzte völkische Tradition hin, die heute noch in Deutschland gepflegt wird.

Das Gedenken an diese Verbrechen, so die Intention der Aussteller,

soll veranlassen, sich einzumischen für die Rechte der Opfer – und gegen heutzutage wieder stattfindende und geplante Kriege.

Im Begleitprogramm zur Ausstellung wird am 20. Juni um 19.00 Uhr der Dokumentarfilm des Schweizer Regisseurs Stefan Haupt »Ein Lied für Argyris« gezeigt. Er setzt sich mit dem Massaker der SS im Juni 1944 in dem griechischen Dorf Distomo auseinander.

Der damals vierjährige Argyris Sfountouris wird seiner Eltern und dreißig weiterer Familienangehöriger beraubt. Mit neun Jahren kommt er ins Schweizer Pestalozzidorf in Trogen, studierte später Mathema-

tik und Astrophysik. Er kann sich mit dem traumatischen Erlebnis seiner Kindheit nicht abfinden und befasst sich Zeit seines Lebens mit dem Thema Krieg und Frieden. Er möchte die Öffentlichkeit aufrütteln, damit solche Verbrechen nie mehr passieren.

Am 30. Juni um 19.00 Uhr findet ein Vortrag mit Diskussion zum Thema »Verbrechen der Wehrmacht auf Kreta und die ungebrochene Traditionspflege der Gebirgsjägerkameradschaft« statt. Referenten sind Eberhard Rondholz und Stephan Stracke.

Die Ausstellung und die Veranstaltungen werden unterstützt vom DGB-Stadtverband, von ver. di Südhessen, DGB-Jugend, Arbeit und Leben Südhessen, VVN-BdA, dem Bündnis gegen rechts und dem Darmstädter Friedensbündnis.

Angriffe auf Antifaschisten auch in Hessen

Andreas Goerke wehrt sich

Gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Einrichtungen haben in der vergangenen Zeit dramatisch zugenommen, wie selbst Polizei und Innenministerien eingestehen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Gewaltspirale auch gegen diejenigen richtet, die sich für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, für antifaschistische Grundsätze engagieren.

Ein besonders schwerer Fall wurde im März 2017 von dem Betroffenen selbst gegenüber der Presse bekannt gemacht, nämlich die Angriffe auf den Fuldaer Gewerkschaftssekretär und das VVN-Mitglied Andreas Goerke.

Es sind nicht viele, die sich im Fuldaer Land öffentlich als Antifaschisten engagieren; dafür ist jedoch das Ergebnis der Arbeit der vergangenen Jahre beeindruckend. Andreas Goerke war vor Jahren bereits aktiv

gegen einen Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten in Fulda. Als Mitbegründer des Vereins »Fulda stellt sich quer« organisierte er Aktionen und als Höhepunkt eine Konzert-Lesung mit Esther Bejarano, die mit etwa 1.000 Besuchern alle Erwartungen übertraf. Natürlich ist er gegen regionale Nazi-Strukturen und die AfD aktiv.

Und aus dieser Ecke kamen die ersten Angriffe – beginnend mit Beleidigungen und persön-

lichen Angriffen mit gefälschten Facebook-Profilen. Von da an steigerten sich Pöbeleien, Bedrohungen und Psychoterror gegen seine Person. Drei besonders heftige Aktionen seien hier genannt: Anfang Februar 2017 stand eine Feuerwehr-Einheit vor seinem Haus, da dort ein Großbrand gemeldet wurde. Noch während die Feuerwehr im Einsatz war, kamen verschiedene Pizza-Dienste, die angeblich bestellte Waren für mehrere Hundert Euro liefern wollten. Ende Februar umzingelten bewaffnete Polizisten sein Haus, da Andreas angeblich seine Frau umgebracht hatte. Als



dann auch noch eine anonyme Morddrohung gegen seine Familie einging, ging Andreas Goerke mit diesen Vorgängen an die Öffentlichkeit.

Damit wollte er ein Zeichen setzen, dass man sich gegen solche Bedrohungen wehren muss und kann. Die Reaktionen in seinem persönlichen und politischen Umfeld waren ausgesprochen positiv. Selbst die Presse berichtete wohlwollend – und das, obwohl er sich als langjähriges Mitglied der DKP bekannte. Denn solche kriminellen Angriffe gegen politisch links eingestellte Menschen werden selbst im »schwarzen Fulda« nicht akzeptiert.

Wir wünschen ihm und seiner Familie viel Kraft und unterstützen ihn weiterhin mit unseren Möglichkeiten.

Bernd Kant

Diskriminierungen, Vertreibung und rabiate Praktiken gegen Roma

Grassierender Antiziganismus

Der Frankfurter Förderverein Roma protestierte in mehreren Erklärungen gegen die fortdauernde Diskriminierung und Verfolgung von Roma. In Frankfurt fanden im letzten Halbjahr zwei Brandanschläge auf Roma statt.

Im Dezember wurde die Schlafstätte obdachloser rumänischer Roma unter einer Brücke angezündet. Davor hatte es einen Brandanschlag auf ein von Roma aus Rumänien bewohntes Haus im Stadtteil Fechenheim gegeben. Im Februar ließen dann das Ordnungs- und das Sozialdezernat die Notunterkünfte von etwa 40 Personen auf einer Brache räumen. Die Betroffenen wurden gewissermaßen vertrieben.

Hinzu kommen die rigorosen Abschiebungen von Roma in die Balkanländer. Dabei werden auch Kranke abgeschoben. Aufsehen erregte der Fall des Rom Adnan G. Er wurde unter einem vorgetäuschten Vorwand aus der Psychiatrischen Klinik gelockt, um ihn abzuschleppen. Obendrein wurde der behandelnde Arzt, der öffentlich dagegen protestierte, vom Landrat mit einer Klage überzogen, weil er mit seinem Protest »gegen die ärztliche Schweigepflicht verstoßen« habe.

In einer Erklärung des Fördervereins heißt es: »Diese Ereignisse sind angesichts eines grassierenden Antiziganismus zu betrachten. Hierbei spielt insbesondere die hetzerische Kampagne gegen die sogenannte »Armutszuwanderung« eine zentrale Rolle. Medien, Politik und Öffentlichkeit bedienen durchweg antiziganistische Stereotype und legitimieren damit ordnungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen.«

Auch die Angriffe in anderen Städten müssten vor diesem Hintergrund gesehen werden. Vor allem dürfe der »Kontext hinsichtlich der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Roma und Sinti im Nationalsozialismus« nicht ausgeblendet werden.

Der Förderverein fordert »statt menschenverachtender Ordnungspolitik, Diskriminierung und Vertreibung die Sicherstellung des garantierten Schutzes und der Rechte der Roma als Minderheit und als EU-Bürgerinnen und -Bürger«.

Geht nicht um Meinung

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die NPD als verfassungswidrig einzustufen ist (sie aber nicht zu verbieten, weil sie »erfolglos« sei), veranlasste die Mehrheit des Stadtparlaments von Büdingen (mit 10,2 % eine sogenannte NPD-Hochburg) zu beschließen, dass die NPD-Fraktion keine Zuschüsse aus der öffentlichen Kasse mehr bekommt. Dagegen erhob die NPD Klage beim hessischen Verwaltungsgerichtshof. Der gab der NPD-Fraktion Recht. Der Gleichheitsgrundsatz gelte für alle; niemand dürfe wegen seiner »politischen Anschauungen« benachteiligt werden. Hier wird so getan, als seien Menschen- und Demokratiefeindlichkeit, aggressiver Nationalismus und schließlich Wesensverwandtschaft mit dem Hitlerfaschismus, wie sie die NPD betreffend vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurden, eine

bloße »politische Anschauung«, die wir zu dulden haben. Ergo freie Bahn für NPD-Hetze?

Was die Büdinger betrifft: Bei allem guten Willen, auf diese Art ist die NPD nicht zu bekämpfen. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat zwar Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen, doch dessen Urteil wird kaum anders lauten.

Die NPD muss – ebenso wie alle anderen neonazistischen und rechtspopulistischen Kräfte – politisch bekämpft werden. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die NPD und andere Neonazis nicht mehr gewählt werden.

Außerdem bleibt die Forderung nach einem Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen bestehen. Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

P.C. Walther